

Am 24. Juni 2016 von der PPK der FDP.Die Liberalen verabschiedet

Gemeinsam stark: Schweizer Recht und Völkerrecht

Forderungen der FDP zur Sicherung der Interessen der Schweiz

Das Völkerrecht ist für die Schweiz eine wertvolle Ordnung. Als weltoffener und international stark vernetzter Staat ist die Akzeptanz dieses Rechts durch die internationale Völkergemeinschaft für unser Land wichtig. Die Schweiz profitiert von den internationalen Beziehungen und der Rechtsicherheit, welche das internationale Recht bietet. Voraussetzung für eine breite Akzeptanz des internationalen Völkerrechts ist ein demokratischer Prozess, der garantiert, dass nur Verträge unterschrieben werden, die unserem Land – ohne „Swiss Finish“ bei der Umsetzung – klare Vorteile bieten oder welche die grundlegenden Werte der Schweiz auf internationaler Ebene stärken – **aus Liebe zur Schweiz.**

1. Interessen der Schweiz auf internationaler Ebene garantieren

Die Schweiz ist ein weltoffener Staat. Das Völkerrecht dient der Rechtsstaatlichkeit, schützt Grundrechte und fördert eine offene Weltwirtschaft – allesamt auch liberale Anliegen, auf welchen die Schweiz ihren Wohlstand aufgebaut hat.

Dennoch ist das Vorgehen der Schweiz bei der Unterzeichnung und der Ratifizierung von internationalen Verträgen zu verbessern. Für die FDP ist klar: die Schweiz soll internationale Verträge nur dann unterschreiben, wenn diese unserem Land klare Vorteile bringen, (wie z. B. Polizeikooperationsabkommen), oder Probleme auf internationaler Ebene geregelt werden müssen (z. B. das Übereinkommen über die internationale Zivilluftfahrt). Verträge, die eine Anpassung des Schweizer Rechts erfordern, sind dabei mit grösserer Zurückhaltung abzuschliessen und zu ratifizieren als solche, die wir mit unserer nationalen Rechtsordnung bereits erfüllen (geltendes Ratifizierungsprinzip). Es muss mindestens ein politischer Auftrag des Parlamentes zur Überführung in das nationale Recht bestehen.

Die Politik der Linken, die versucht, nur « politische Signale » mittels Völkerrecht zu senden, muss abgelehnt werden. Dies bedeutet keinen Rückzug der Schweiz aus den jeweiligen Dossiers, aber eine Konzentration auf diejenigen Verträge, welche unserem Land klare Vorteile bringen oder die grundlegenden Werte der Schweiz auf internationaler Ebene stärken.

Ein übertriebener Swiss Finish – also unnötiger Perfektionismus in Abschluss und Anwendung – schadet zudem der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

- › **Forderung: Internationale Abkommen sollen nur dann unterzeichnet und ratifiziert werden, wenn diese unserem Land klare Vorteile bieten oder die grundlegenden Werte der Schweiz auf internationaler Ebene stärken**
- › **Forderung: Das aktuelle Ratifizierungsprinzip konsequenter umsetzen, bzw. primär Verträge ratifizieren, deren Anforderungen die Schweiz bereits erfüllt oder wo hierzu ein politischer Auftrag des Parlamentes besteht**
- › **Forderung: Kein unnötiger Swiss Finish, der unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächt**

2. Das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Schweizer Recht

Aus internationaler Sicht ist klar: Völkerrecht ist einzuhalten (pacta sunt servanda). Von der Schweiz eingegangene internationale Verpflichtungen stellen auf nationaler Ebene zudem direkt ein Teil unserer Rechtsordnung dar (Monismus). Dennoch kann das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht

verbessert werden. Die FDP fordert ein Gleichgewicht zwischen demokratischen und rechtsstaatlichen Aspekten sowie zwischen nationaler Souveränität und Achtung des Völkerrechts.

Die FDP fordert eine starke und demokratische Legitimierung des Völkerrechts, analog zum Landesrecht. Völkerrecht mit verfassungsmässigem Charakter soll dem Referendum unterstellt werden.

Die FDP fordert ebenfalls, dass der Bundesrat Vorschläge zur Klärung der Frage unterbreitet, was innerstaatlich Vorrang hat, wenn Landesrecht und Völkerrecht sich widersprechen. Die aktuelle (gerichtliche) Beantwortung von Fall zu Fall ist aus rechtsstaatlicher Sicht höchst unbefriedigend. Die FDP hat einen Vorschlag für eine klare Hierarchie zwischen Landesrecht und Völkerrecht gemäss der jeweiligen demokratischen Legitimation erarbeitet (siehe FDP-Liberale Postulat [13.3805](#)): So gäbe es ein Völkerrecht, das der Verfassungsstufe, eines, das der Gesetzesstufe und ein weiteres, das der Verordnungsstufe gleichgestellt wäre. Die FDP steht anderen Vorschlägen offen gegenüber – mit Ausnahme von denen, die das Kind mit dem Bade ausschütten wollen, wie die Selbstbestimmungsinitiative (unten Ziff. 5).

- › **Forderung: Ein demokratisches Vorgehen zur Verabschiedung von internationalen Normen: Einführung eines Referendums für internationale Verträge mit verfassungsmässigem Charakter**
- › **Forderung: Klare Regeln für das Verhältnis von Landes- und Völkerrecht im Konfliktfall**

3. Internationale Attraktivität der Schweiz

Seit der Gründung des Roten Kreuzes hat sich die internationale Schweiz beträchtlich entwickelt und diversifiziert. Die Schweiz ist Depositarstaat zahlreicher internationaler Abkommen, so wie beispielsweise die Genfer Konventionen. Sie ist eine der wichtigsten Global Governance-Zentren, zahlreiche internationale Organisationen wie z. B. die UNO haben ihren Sitz in der Schweiz. Die Schweiz spielt dank ihrem Ruf auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle. Sie ist anerkannt für ihre „guten Dienste“, wie z. B. jene zwischen Russland und Georgien oder bis vor kurzem zwischen den USA und Kuba. Die Schweiz organisiert ebenfalls anerkannte internationale Konferenzen, seien es regelmässige wie z. B. das Wirtschaftsforum in Davos oder ausserordentliche wie z. B. die Gespräche in Montreux für das Atomabkommen mit dem Iran.

- › **Forderung: Spitzenplatz der Schweiz und des Internationalen Genfs im Bereich Global Governance bewahren und stärken**

4. EMRK: Handlungsspielraum der Staaten garantieren

Die FDP trägt die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die dem Schutz gegen staatliche Willkür dient, mit. Jedoch wird der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) immer mehr zu einer vierten Instanz. Die FDP fordert, dass der Gerichtshof sich auf seine Kernaufgaben fokussiert und nur dann eingreift, wenn Menschenrechte klar verletzt werden. Der Aktivismus des Gerichtshofes schadet seiner Glaubwürdigkeit und seinem Ruf bei der schweizerischen Bevölkerung. Es ist wichtig, den Handlungsspielraum der Staaten sowie die Funktion und den Ruf der EMRK und des Gerichtshofes zu schützen. Dafür haben Parlament sowie die FDP im März 2016 der Ratifizierung und Umsetzung des 15. Zusatzprotokolls zur EMRK zugestimmt, welches verlangt, dass der Gerichtshof auf seine Kernaufgabe fokussiert und den Spielraum der Mitgliedstaaten besser respektiert.

- › **Forderung: Die Mitgliedschaft der Schweiz in der EMRK beibehalten und die Tätigkeit des EGMR fokussieren**

5. Nein zur EMRK-Austrittsinitiative

Als weltoffener Staat braucht die Schweiz gute internationale Beziehungen. Die Schweiz profitiert somit von einer verlässlichen internationalen Rechtsordnung. Wenn die Verfassung nun in jedem Fall und ohne Ausnahme dem Völkerrecht vorgehen würde, würde die Schweiz zu einem unberechenbaren und weniger zuverlässigen Partner. Die Unterzeichnung von Verträgen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit wäre so gefährdet. Wenn die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren weltweiten Spitzenplatz beibehalten will, müssen wir uns auf internationale Abkommen stützen können, die nicht bei jeder Verfassungsänderung fundamental in Frage gestellt werden.

Die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ greift auch die EMRK, die Minderheiten und Menschenrechte schützt, direkt an und strebt die Kündigung des Abkommens an. Aus der EMRK auszutreten wäre unverständlich und würde als Zeichen der Schweiz gegen die Menschenrechte gedeutet.

Die Schweiz wäre, nach Griechenland unter der Militärdiktatur der 70er-Jahre, erst das zweite Land, welches aus der EMRK austreten würde. Um den Schutz der individuellen Freiheiten zu sichern bzw. um die Mitgliedschaft der Schweiz in der EMRK beizubehalten, lehnt die FDP die EMRK-Austrittsinitiative ab.

› **Forderung : Initiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ muss abgelehnt werden**